

Wohin steuert Polen:

Das europapolitische Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS)

- „Für ein Europa der solidarischen Nationalstaaten“ -

Stephan Georg Raabe und Maria Elisabeth Rotter

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 30. November 2005

Leitsätze

- Unter einer Regierung der PiS wird Polen ein **kritischerer Partner** für die EU und insbesondere auch für Deutschland werden als bisher.
- Die PiS verfolgt eine Europapolitik, die deutlich die **nationale Souveränität und die kurzfristigen Vorteile des Landes** betont. Die Ablehnung des Verfassungsvertrages, die Verteidigung des Status quo in Form des Vertrags von Nizza und des Vetos im EU-Ministerrat spiegeln dies wider.
- Angestrebt wird eine andere Zielperspektive, ein **Europa souveräner Staaten** und folgerichtig die Stärkung des Ministerrates und der Rolle der nationalen Parlamente.
- Es gibt ein großes Interesse am Zustandekommen des EU-Budgets 2007-13 und an einer abgestimmten Ostpolitik der EU.
- Die wesentliche Basis der Europäischen Union sind in den Augen der PiS die gemeinsamen **christlichen Werte und historischen Erfahrungen**. Aus diesem Grund spricht sie sich programmatisch gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus.
- Die PiS sieht Polen als **Anwalt der Ukraine, von Belarus und Moldawien** gegenüber der EU und unterstützt die Bemühungen der Ukraine zum Beitritt.
- Die **strategische Partnerschaft mit den USA** wird unter einer PiS-Regierung weiter ausgebaut und noch stärker betont werden als bisher schon.

Einführung

In den Wahlen zum polnischen Parlament, dem Sejm, konnte die PiS im September 2005 die Zahl ihrer Abgeordneten im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen mehr als verdreifachen (2001: 44, 2005: 155) und stellt damit die **größte Fraktion**. **Kazimierz Marcinkiewicz** steht als Premierminister einer Minderheitenregierung der PiS vor, die von der Samoobrona (Selbstverteidigung), der LPR (Liga der Polnischen Familien) und der PSL (Bauern- bzw. Volkspartei) unterstützt wird und am 10. November 2005 im Sejm mit breiter Mehrheit die Vertrauensabstimmung gewonnen hat (272 zu 187 Stimmen). Angesichts der Erfahrungen mit Minderheitsregierungen in Polen ist davon auszugehen, dass die Regierung zumindest bis zu den Regionalwahlen im nächsten Jahr, die noch nicht terminiert sind, Bestand haben wird. Allerdings sind die die Regierung stützenden Parteien ziemlich unberechenbar. Insofern besteht eine stabile Instabilität.

Der eigentlich strategisch bestimmende Kopf und starke Mann der PiS ist der Parteivorsitzende **Jarosław Kaczyński**, der die Regierung aus dem Hintergrund steuern wird. Es fällt ins Gewicht, dass die Position der PiS durch den Sieg ihres Kandidaten **Lech Kaczyński** in den Präsidentschaftswahlen am 23. Oktober zusätzlich gestärkt wurde. Der Präsident, der im parlamentarisch-präsidentalen System Polens zwar eine weniger starke Stellung als sein Amtskollege in Frankreich hat, aber mehr Kompetenzen (Recht zur Parlamentsauflösung und Gesetzesvorlage, Vetorecht, Oberbefehl Streitkräfte u.a.) besitzt als der deutsche Bundespräsident, wird die Außenpolitik Polens nicht nur repräsentativ wesentlich mit prägen.

Das vorliegende **Arbeitspapier** untersucht, welche europapolitischen Akzente von einer Regierung unter Führung der PiS zu erwarten sind.

1. Entstehung und innenpolitische Programmatik der PiS

Die unter Führung der Zwillingbrüder Lech und Jarosław Kaczyński entstandene konservativ-soziale Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS) wurde 2001 aus den Reihen des Wahlbündnisses Solidarność (AWS) heraus gegründet. Der ehemalige Justizminister Lech Kaczyński erfreute sich zu diesem Zeitpunkt hoher Sympathiewerte in der Bevölkerung, da er das Image eines **Kämpfers gegen die Korruption** erworben hatte.

Zentrales Ziel der PiS ist es, die seit 1989 entwickelte III. Republik grundlegend zu reformieren, die innenpolitisch unter dem Verdikt grassierender Korruption und postkommunistischer Vermachtung steht. Polen soll zu einem „**wahren Rechtsstaat**“, zu einer neuen solidarisch

geprägten „**IV. Republik**“ weiterentwickelt werden. Die alten postkommunistischen Eliten sollen überprüft und ggf. zur Rechenschaft gezogen werden, eine eigene Antikorruptionsbehörde soll eingerichtet und die Polizeigewalt gestärkt werden, die Todesstrafe soll eingeführt und die Befugnisse des Präsidenten ausgebaut werden, um **Vertrauen in den Staat** zu schaffen und die **innere Sicherheit** Polens zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat sich die PiS dem **Schutz des einheimischen Marktes** verschrieben und propagiert eine solidarische, soziale Polen im Gegensatz zu einem liberalen Polen mit Blick auf die PO. Entschieden wendet sie sich deshalb gegen „liberale Experimente“ wie die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes, der Flat Tax (Vorschlag der PO mit 3 Steuern á 15 Prozent). Gleichzeitig tritt sie allerdings selbst für einen zweistufigen **Einkommensteuersatz von 18 und 32 Prozent** ein, der auch als radikal marktliberal gelten kann, zumal der höhere Satz von 32 Prozent nur auf etwa ein bis zwei Prozent der Steuerzahler angewendet werden soll. Es ist allerdings zu fragen, wie dann das Versprechen eines solidarischen Polens, die sozialen Versprechungen finanziert werden sollen. Etatistisch-paternalistisch mutet das Vorhaben an, „strategische“ Unternehmen – von Bergwerken in Schlesien bis zu den Werften an der Ostseeküste – nicht weiter privatisieren zu wollen, sondern unter staatlicher Kontrolle zu belassen.

Innenpolitisch setzt die Partei auf einen starken und effizienten Staat, außenpolitisch auf eine starke nationale Interessenvertretung Polens. Leitgedanken sind dabei neben dem Handeln im nationalen Interesse die Bewahrung christlicher Traditionen in einem als säkularisiert und laizistisch geprägt wahrgenommenen Europa. Hier macht sich die unterschiedliche historische Entwicklung und Erfahrung seit dem späten 18. Jahrhundert zwischen Polen und dem Westen Europas bemerkbar.

2. Parteistruktur und europäische Kontakte

Die PiS basiert zu großen Teilen auf alten Mitgliederstrukturen der antikommunistisch orientierten Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum, PC, gegr. 1990), die 1996 in der Wahlaktion Solidarność (AWS) aufgegangen war. Die Partei beschränkte sich nach ihrer Gründung 2001 zunächst auf innenpolitisch populäre Themen wie die Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung und arbeitete mit bescheidenen Organisationsstrukturen. Im Jahre 2004 hatte die PiS 230 Büros auf Kreisebene und nur etwa 2 500 registrierte Mitglieder (plus 10.000 assoziierte Mitglieder). Heute unterhält die PiS in allen 16 Woiwodschaften Regionalverbände, hat knapp 10.000 Mitglieder sowie eine polenweite Jugendorganisation, das Junge Forum (Forum Młodych PiS). Der Mitgliederbestand soll ausgebaut werden, wobei abzuwarten bleibt, wieweit

konservative PO-Anhänger in das Regierungslager wechseln werden, wovon bereits verschiedentlich berichtet wird. Inhaltlich-programmatisch liegt der Schwerpunkt bis heute bei der Innenpolitik und Staatsreform, die Außenpolitik hatte man bei der PiS eigentlich dem Koalitionspartner PO zugeordnet.

Auf europäischer Ebene orientierte sich die PiS zunächst in Richtung der christdemokratisch-konservativen EVP-ED Gruppe im Europäischen Parlament, zu der sie bis zum August 2003 Arbeitskontakte unterhielt. Ein Beitritt war vorgesehen. Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten, wobei auch die Kontroversen mit Vertretern der CDU/CSU über den Bau eines Zentrums gegen Vertreibungen und die Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebener eine Rolle spielten, und möglicherweise von parteistrategischen Überlegungen – Abgrenzung gegenüber der PO – wurde die Zusammenarbeit von Seiten der PiS abgebrochen. Am 13. Januar 2004 traten die vier Beobachter der Fraktion „**Union für das Europa der Nationen**“ (UEN) bei, in der sie seit den Europawahlen 2004 mit **sieben Abgeordneten** vertreten ist.

3. Das Europa-Programm der PiS

3.1. Vor dem Beitritt zur EU¹

Im Allgemeinen kann die PiS nicht als europafeindliche, jedoch als gegenüber bestimmten politischen Entwicklungen europaskeptische Partei charakterisiert werden. Die Mitgliedschaft in der EU bejahte sie, bestand aber auf dem Erhalt nationaler Souveränität in Justizsachen, Kulturpolitik und Angelegenheiten, die dem Schutz von Leben, Ehe und Familie dienen. Bei dieser Position kann sozusagen von einem „präemptiven“ Vorgehen gesprochen werden, zählen doch die Familien-, Bildungs- und Kulturpolitik zu den bisher nicht vergemeinschafteten Politikbereichen und ist die Justizpolitik nur in Ansätzen auf EU-Ebene geregelt.

Vor dem 1. Mai 2004 redete die PiS jenen das Wort, die fürchteten, die Landwirtschaft könne durch die EU-Konkurrenz Schaden nehmen und polnischer Boden würde von ausländischen Investoren aufgekauft. Die Partei Recht und Gerechtigkeit forderte in diesem Zusammenhang, die Gesamtsumme der Agrarzuschüsse müsse wesentlich über den polnischen EU-Abgaben und den Aufwendungen liegen, die Polen im Zusammenhang mit der Anpassung an die EU-Anforderungen getragen hat.

¹ Die Darstellung der europapolitischen Position der PiS vor dem EU-Beitritt basiert auf dem Beschluss des Parteitags vom 18. Januar 2003 zu diesem Thema sowie verschiedenen Pressemitteilungen aus der gleichen Zeit.

Die PiS wünscht sich ein **Europa souveräner Nationalstaaten** und verbindet diesen intergouvernementalen Ansatz mit der Forderung nach einer **Stärkung des Ministerrates**. Die demokratische Kontrolle solle durch eine Stärkung der mitgliedsstaatlichen Parlamente, insbesondere ihrer speziellen Europaausschüsse, erreicht werden.

Die Charakterisierung Europas als **Gemeinschaft gleicher Werte** nimmt einen vergleichsweise großen Raum im europapolitischen Programm ein. Die PiS erinnert an die Bedeutung christlicher Werte in der westlichen Zivilisation und die geistlich-moralischen Dimensionen des vereinten Europas. Die Verfassung der Europäischen Union solle die grundlegende Bedeutung dieser Werte bestätigen, die auf dem Christentum gründen: so u.a. die Menschenrechte, die öffentliche Ordnung, das Recht der Familie und der Nation, der Schutz des Lebens von Beginn an sowie die Würde der Ehe und die Rolle der familiären Erziehung.

Über Polens Platz in Europa äußert sich die PiS selbstbewusst: „Wir sind überzeugt, dass wir als Nation über Potenziale verfügen, die uns die Chance geben einen vorderen Platz in der Familie der Europäischen Nationen einzunehmen.“, heißt es im Beschluss Nr. 10 des Parteitags im Januar 2003.

3.2. Das Europawahlprogramm 2004

Das Programm zur Europawahl 2004 stellt schon in seinem Titel die beiden Hauptthemen der PiS-Europapolitik vor: „**Ein Europa der solidarischen Nationalstaaten**“. Unverändert spricht sich die Partei hierin im Interesse souveräner Staaten für eine Stärkung des Europäischen Rates, des Rates der Europäischen Union und der nationalen Parlamente aus und macht die „Euroenthusiasten“ für eine fehlerhafte Europapolitik verantwortlich. So sei der europäische **Verfassungsvertrag ein „kritisches Projekt“**, weil er die institutionellen Kompetenzen auf EU-Ebene erweitere. Der fehlende Bezug zu den christlichen Wurzeln Europas stellt einen weiteren Kritikpunkt dar. Dies wird unter anderem durch Zitate aus der päpstlichen Enzyklika „Centesimus Annus“ von 1991 untermauert.

Außenpolitisch müsse sich die EU um **bessere Beziehungen zu den USA** bemühen und – unter polnischer Führung – eine **gemeinsame EU-Ostpolitik** gegenüber Russland, Weißrussland und der Ukraine entwickeln.

Bezüglich der wirtschaftlichen Dimension europäischer Politik, bezeichnet die PiS wiederum **Solidarität** als Basis europäischer Integration und plädiert für eine **Umstrukturierung des EU-Budgets**, die jedoch nicht zu einer Verschlechterung der bisherigen Bedingungen für Polen führen dürfe. Insbesondere bei der **Reform der Agrarsubventionen und den Regionalbeihilfen** müsse man die polnischen Interessen im Blick behalten. Eine weitere Übertragung

ökonomischer Entscheidungen nach Brüssel lehnt die PiS ausdrücklich ab. Zurückhaltend ist die PiS gegenüber der **Einführung des Euros**, über die sie möglichst ein Referendum abhalten will. Die PiS befürchtet, dass mit dem Euro die Teuerung in Polen vorangetrieben und der Lebensstandard sinken werde. Die Partei möchte zunächst die Erfahrungen anderer mitteleuropäischer Länder mit der gemeinsamen Währung Euro abwarten und verweist auf Großbritannien, Dänemark und Schweiz, die sich ebenfalls nicht an der europäischen Währungsunion beteiligen. Das Thema könnte bei den nächsten regulären Parlamentswahlen 2009 eine wichtige Rolle spielen.

3.3 Das Programm zur Parlamentswahl 2005

Das Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen 2005 rekurriert in seinem europapolitischen Teil auf dem Europawahlprogramm von 2004, bettet die politischen Forderungen aber in eine größere Vision von der Rolle Polens in den internationalen Beziehungen ein. Dabei wird die polnische Lesart des Nationenbegriffes als aus dem Christentum fließende Wertegemeinschaft deutlich – sie findet Anwendung auch auf das supranationale Gebilde der Europäischen Union. Die zentralen Adjektive des Parteiprogramms sind „**christlich**“, „**solidarisch**“ und „**national**“. Augenfällig ist dabei wiederum, dass vier Prinzipien die außenpolitische Programmatik der PiS bestimmen. Sie ist:

1. **realistisch**, indem sie nationale Interessen sowie die innere und äußere Sicherheit des Nationalstaates betont,
2. **wertebasiert**, weil sie die Bewahrung der westlichen, christlichen Kultur beschwört,
3. **konservativ**, da sie die Vorherrschaft des Nationalstaates und in vielen Bereichen die Beibehaltung des Status quo fordert und
4. **national orientiert**, indem sie eine prominentere Rolle für Polen in der Welt fordert.

Im Einzelnen nimmt die PiS folgende europapolitische Positionen ein, die sich plakativ in dem Satz zusammenfassen lassen: „Polens Interessen verfolgen, christliche Werte bewahren“.

- Sie ist für eine **Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte**, ein **größeres EU-Budget**.
- Sie tritt für die **Einbeziehung der NATO** in die europäische Sicherheitsarchitektur ein. In diesem Zusammenhang will die PiS in gleicher Weise mit Washington wie mit Brüssel kooperieren. In den USA sieht sie den wichtigsten bilateralen Partner und einen Garanten für die Sicherheit Polens.
- Aus dem Gedanken eines christlichen Europas heraus votiert die PiS gegen einen Beitritt der **Türkei** und für einen Beitritt der **Ukraine**.

- Die PiS steht dementsprechend sowohl für eine progressive als auch für eine konservativ-rückwärtsgewandte Europapolitik: verändern will sie dort, wo es um die transatlantischen Beziehungen, das EU-Budget und die Achse Berlin-Moskau geht; bewahren will sie in den Bereichen der christlichen Werte, der nationalen Währung und den europäischen Entscheidungsprozessen (Stimmenverteilung nach Nizza, Veto im Ministerrat etc.).

3.4 Die Umsetzung der europapolitischen Programmatik

Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit der liberal-konservativen **Bürgerplattform** (PO), die die zweitgrößte Fraktion im Sejm stellt und eigentlich das Feld der Außenpolitik übernehmen sollte, muss die PiS nun selbst dieses Feld bestellen, wozu sie sich z.T. parteiloser Fachleute bedient, wie die Ernennung des Diplomaten Steffen Meller zum Außenminister zeigt. Ein durch die PO stärker geprägte Außenpolitik hätte insofern bessere Perspektiven geboten, als die europapolitische Haltung der PO als insgesamt konstruktiver und aufgeschlossener gegenüber dem Konzept einer politischen Union bezeichnet werden kann. Sie setzt stärker auf den Dialog und die Partnerschaft mit Deutschland und in der EU, steht aber der derzeitigen Fassung des europäischen Verfassungsvertrags kritisch gegenüber, die nach Meinung der PO neu verhandelt werden sollte, bevor es in Polen zu einem Referendum kommt. Im Unterschied zur PiS betont die PO die christliche Grundlage Europas etwas weniger dezidiert und sieht darin auch keinen Hinderungsgrund für einen EU-Beitritt der Türkei, den sie auch mit Blick auf die Ukraine befürwortet.

Die PiS hat mit **Außenminister Steffen Meller** einen erfahrenen, auf Ausgleich bedachten Berufsdiplomaten eingebunden. Meller, in Frankreich als Kind jüdischer Polen geboren, war zuvor Botschafter Polens in Paris und Moskau. Er beherrscht im Gegensatz zu den mitunter laut polternden Kaczyński-Brüdern und dem außenpolitisch unerfahrenen Marcinkiewicz die Politik der leiseren Töne und kennt die Spielregeln der internationalen Beziehungen, als politischer Stratege hat er sich bisher nicht hervorgetan. Zur Verbesserung des polnisch-deutschen Verhältnisses regte er jüngst die Wiederbelebung des alten Projektes „**Weimarer Dreieck**“ an.

Fazit: Ein **grundlegender Wandel** in der polnischen Europapolitik zeichnet sich insofern nicht ab, als die grundlegende Entscheidung für die Mitgliedschaft in der EU nicht in Frage gestellt wird. Wohl aber wird mit der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages **eine andere**

Zielperspektive der EU angestrebt, die etwa den Vorstellungen der britischen Konservativen nicht fern steht. Laut Ministerpräsident Marcinkiewicz sei die EU-Verfassung gescheitert und gehöre der Vergangenheit an. Zudem kann mit einem bestimmteren Auftreten und einer schwierigeren Einbindung Polens gerechnet werden, wie gerade jüngst die polnische Ablehnung der EU-Zuckermarktverordnung und der EU-Richtlinie zur Bankenfusion zeigt. Allerdings hat Polen ein starkes Interesse an der Verabschiedung des **EU-Budgets 2007 - 2013** auf der Linie des luxemburgischen Kompromisspapiers und wird hier flexibel die Zusammenarbeit gerade auch mit Deutschland und Frankreich suchen.

Die **transatlantischen Beziehungen** zu den USA werden ein noch stärkeres Gewicht als bisher schon bekommen, wofür der junge Verteidigungsminister **Radoslaw Sikorski** steht, der die englische Staatsbürgerschaft besitzt, mit einer US-Amerikanerin verheiratet ist und länger in den USA gelebt und gearbeitet hat. Dass die erste Reise des designierten Präsidenten Lech Kaczynski nach Washington führen soll, unterstreicht diese Orientierung.

In den **polnisch-deutschen Beziehungen** sind die Schwierigkeiten und unterschiedlichen Positionen im Bezug auf die Streitfragen Gasleitung in der Ostsee, Zentrum gegen Vertreibungen und potentieller Entschädigungsforderungen seitens Vertriebener hinlänglich bekannt und deutlich markiert. Es wird sich zeigen, inwieweit diese Streitfragen die gemeinsamen strategischen Interessen in der Außenpolitik (Transatlantische Partnerschaft, EU-Ostpolitik) und in der Innenpolitik (Staatsreform: Steuer, Sozialsysteme etc.) beeinträchtigen werden. In den ersten Schritten der PiS-Regierung auf internationalem Parkett zeichnet sich nach dem Wahlkampfgetöse der Vergangenheit der Wille zu einer konstruktiv verbindlichen Haltung ab, die in eine pragmatische Zusammenarbeit münden kann.

Weiterführend zu diesem Thema: Maria Elisabeth Rotter, Europäisierungstendenzen im polnischen Parteiensystem. Programmatik und Organisation im Wandel, B.A.-Arbeit, Universität Osnabrück 2004.

Anhang: Zusammenfassung des Arbeitspapiers zur Europapolitik der neuen Regierung des polnischen Instituts für öffentliche Angelegenheiten.

Zusammenfassung

Kaczynski, Piotr Maciej: Welche Europapolitik wird die neue polnische Regierung verfolgen? Arbeitspapier (polnisch, englisch) des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Analysen und Meinungen, Nr. 50, September 2005.

Vorbemerkung: Die Analyse vom September vor den Wahlen geht noch von einer gemeinsamen Koalition von Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Bürgerplattform (PO) aus. Dagegen regiert heute eine **Minderheitenregierung der PiS**. Dennoch bleibt diese polnische Analyse aufschlussreich für die europapolitische Positionierung von PiS und PO.

Die Außenpolitik Polens wird sich nicht grundlegend ändern, da schon bisher die PO und die PiS die Europapolitik der polnischen Regierung mit beeinflusst haben (Rokita: „Nizza oder Tod“). Beide Regierungsparteien sehen die europäische Integration auf der Basis des Solidaritätsprinzips. Während die PiS dabei die **Vorherrschaft der Nationalstaaten** und die **Beibehaltung des Status quo** propagiert, präsentiert die PO eine differenziertere Vision von Europa. Die zu erwartende vorherrschende Stellung der PO in der Außenpolitik ist Garant für eine positive Einstellung zum europäischen Einigungsprozess, sofern er **polnischen Interessen** dient. Die nationalen Interessen Polens sind die Beibehaltung des Entscheidungssystems des Vertrags von Nizza, der Ausbau insbesondere der östlichen Dimension der GASP (in Form einer gemeinsamen Haltung zu Russland) sowie die Einbeziehung religiöser und historischer Werte in eine mögliche neue Präambel im Verfassungsvertrag.

Basis der polnischen Außenpolitik wird neben den eigenen Interessen das **historische Gedächtnis** sein. Die PiS betont die Bewahrung christlicher Werte in Europa. Die PO hingegen steht einem Europa auf der Basis der Religion skeptisch gegenüber.

Das Engagement des Westens in globalen Angelegenheiten wird von beiden Parteien eingefordert. Dabei unterscheiden sich PO und PiS darin, welchen Stellenwert sie einem vereinten **Europa gegenüber den USA** einräumen. Während die PiS die gleiche Distanz zu Brüssel wie zu Washington wahren will und die USA als wichtigsten bilateralen Partner Polens sieht, ruft die PO zur Stärkung der politischen Einheit Europas auf. Diese soll jedoch nicht als Opposition zur USA, sondern im Kontext der transatlantischen Beziehungen erfolgen.

Die PO räumt darüber hinaus den **Beziehungen zu Deutschland** einen hohen Stellenwert ein.

Die **europäische Verfassung** sehen beide Parteien kritisch. Die PO befürwortet die Neuverhandlung des Verfassungsvertrags.

Die künftige Regierung wird die **europäische Nachbarschaftspolitik** unterstützen, sofern sie die Chance auf eine Vollmitgliedschaft der betroffenen Länder nicht beeinträchtigt. In der Frage des EU-Beitritts der **Türkei** ist die Koalition gespalten: die PiS votiert aus dem Gedanken eines christlichen Europas heraus gegen einen Beitritt, die PO unterstützt das Anliegen Ankaras. Die Fronten hierbei sind jedoch nicht verhärtet.

Beide Regierungsparteien befürworten die Reform der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**, die jedoch nicht zu Lasten der mitteleuropäischen Bauern gehen soll.

Ein Streitpunkt mit Deutschland könnte die Forderung der künftigen polnischen Regierung werden, **Energiefragen** in Zukunft auf europäischer Ebene zu koordinieren, um einen Fall wie den Bau der Ostseepipeline zu vermeiden.

Insgesamt lehnt die PO-PiS-Koalition jedoch die Delegation ökonomischer Entscheidungen nach Brüssel ab. Die PO befürwortet vorbehaltlos den **Beitritt zur Eurozone**, die PiS möchte zunächst die Erfahrungen anderer mitteleuropäischer Länder mit der gemeinsamen Währung abwarten. Einig sind sich die Koalitionsparteien in der Frage der **Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte** und eines größeren **EU-Budgets**, die sie jeweils befürworten.